

1. Wie wollen Sie die Stadt Bielefeld zu einer Stadt der Bürgerbeteiligung entwickeln?

Um die Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligung auszubauen, bedarf es erst einmal eine Erhöhung der Transparenz. Politische Vorhaben müssen detailliert, mit ausreichend Vorlauf und über die gesetzlichen Pflichten kommuniziert werden. Das bedeutet auch, dass der Verlauf von Prozessen und das geplante Ziel des Vorhabens ausreichend erklärt werden müssen, denn nur mit genügend Informationen wissen Bürger*innen, an welchen Punkten sie anknüpfen können, wenn sie Entscheidungsprozesse beeinflussen möchten.

Wenn es um die Gestaltung der Stadt geht, wollen wir verstärkt Bürger*innen miteinbeziehen. Gerade bei Planungsvorhaben gilt es auch diejenigen miteinzubeziehen, die sich durch Veränderungen belastet sehen. Wir wollen Strukturen schaffen, wo Kritik und Alternativen gehört und diskutiert werden können. Dabei gilt es auch die Gruppen miteinzubeziehen, die vielleicht nur indirekt etwas mit dem Vorhaben zu tun haben. Diese wollen wir mit den direkt Betroffenen in Kontakt zu bringen, weil wir glauben, dass auch ein Austausch unterschiedlicher Interessen wichtig für einen solchen Mitbestimmungsprozess ist. Als Formate werden wir vermehrt auf moderne Beteiligungsformate wie Dialogveranstaltungen und digitale Instrumente zurückgreifen.

Wir wollen aber auch Mechanismen finden, die diejenigen einbinden, die nicht so wortgewaltig für ihre Interessen eintreten können, sich nicht trauen oder ihnen die Kapazitäten für solcherlei Kämpfe fehlen. Dafür stellen wir uns aufsuchende Befragungen und Angebote vor, durch die alle Menschen motiviert werden sollen, ihre eigenen Ideen und Vorstellungen einzubringen. Niedrigschwellige Beteiligungsformate können ein guter Türöffner für diejenigen sein, die bisher wenig mit politischen Prozessen zu tun hatten oder von ihnen enttäuscht wurden. Beispielsweise bieten sich für Kinder- und Jugendgruppen oder auch Nachbarschaftsprojekte Formate an, bei denen sie sich um ein Budget für Einzelprojekte bewerben können.

2. Mehrere Bielefelder Parteien und Wähler*innengemeinschaften haben in ihren Wahlprogrammen zur Kommunalwahl die Einrichtung einer Stelle für Partizipation befürwortet. Werden Sie als Oberbürgermeister die Einrichtung einer Fachstelle für Partizipation in der Stadtverwaltung unterstützen?

Grundsätzlich kann eine/n Partizipationsbeauftragte/r eine bereichernde Kraft für Mitbestimmungsprozesse sein, die Beteiligungsformate koordinieren kann und insgesamt dafür sorgt, die notwendige Akzeptanz bei wichtigen Projekten zu steigern. Aktuell schauen wir uns die praktische Umsetzung gerade in anderen Städten an und prüfen, welche Lösungen für uns gut funktionieren können. Für uns stellt sich dabei auch die Frage, ob dies zwingend eine konkrete Stelle für alle Fachbereiche sein muss oder ob wir die aktuelle Lösung, dass es in jedem Bereich Zuständige Personen gibt, auch ausbauen können.

3. Wie stehen Sie dazu, den heutigen Bürgerausschuss als zukünftigen Ausschuss für Bürger*innenbeteiligung aufzuwerten?

Eine reine Umbenennung des Ausschusses macht noch nicht mehr Bürger*innenbeteiligung. Zunächst einmal müssen wir es hinkriegen, Bürger*innen noch stärker einzubinden und zu beteiligen. Den Weg dorthin haben wir in den Antworten auf die ersten beiden Fragen aufgezeigt. Und dann müssen wir schauen, ob eine verstärkte

Beteiligung über den Bürgerausschuss laufen soll. Gut vorstellen kann ich mir aber auf jeden Fall, dass man die Arbeit des Bürgerausschusses wieder stärker in die Stadtgesellschaft trägt. Dies kann beispielsweise mit rotierenden Sitzungen in allen Stadtbezirken geschehen.

4. Welche Strategien werden Sie verfolgen, um in der Kommunalpolitik bisher nicht repräsentierte Gruppen aktiv einzubinden?

(s. auch Antwort 1):

Wir wollen Mechanismen finden, die diejenigen einbinden, die nicht so wortgewaltig für ihre Interessen einstehen können, sich nicht trauen oder ihnen die Kapazitäten für solcherlei Kämpfe fehlen. Dafür stellen wir uns aufsuchende Befragungen und Angebote vor, durch die alle Menschen motiviert werden sollen, ihre eigenen Ideen und Vorstellungen einzubringen. Niedrigschwellige Beteiligungsformate können ein guter Türöffner für diejenigen sein, die bisher wenig mit politischen Prozessen zu tun hatten oder von ihnen enttäuscht wurden. Beispielsweise bieten sich für Kinder- und Jugendgruppen oder auch Nachbarschaftsprojekte Formate an, bei denen sie sich um ein Budget für Einzelprojekte bewerben können.

Wir wollen zudem unsere parteipolitischen Strukturen stärken, weil wir den Parlamentarismus als erstes Mittel zur politischen Beteiligung sehen. Dabei ist uns aber auch klar, dass wir unsere Struktur öffnen müssen für unterschiedliche Menschen und neue und digitale Arbeitsformate. Zudem muss über eine Anpassung von Sitzungszeiten sowohl in den Sitzungen des Stadtrates und seinen Ausschüssen als auch in unserer Partei nachgedacht werden. Für unsere Partei muss geprüft werden, inwiefern Präsenzsitzungen auch digital stattfinden können und auch, ob Sitzungszeiten noch besser mit Arbeits- und Familienzeiten in Einklang zu bringen sind. Letzteres gilt auch für den Stadtrat.

Die demokratisch gewählten Mitglieder des Stadtrates sollen ihre Entscheidungen und den Weg, der dorthin geführt hat, noch transparenter gestalten. Dazu gehört auch, dass sie verstärkt über digitale und analoge Plattformen ansprechbar für Bürger*innen sind und ihre Positionen darstellen. Größere städtische Projekte finden so schon früh Eingang in den öffentlichen Diskurs und die Chance, dass diese dann auf eine breitere Akzeptanz einerseits und eine schnellere Umsetzung andererseits führen, ist hoch. Wir konzipieren darüber hinaus eine Beteiligungsstrategie für die nächsten Jahre, die politische Beteiligung auch neben parteipolitischem Engagement ermöglicht